

Zürich, 5. Dezember 2018

Offener Brief zum Artikel im Tages-Anzeiger vom 6.11.2018 "Unruhe in der Gartenstadt"

Geschätzte Genossenschafterinnen und Genossenschafter

Am 6. November 2018 ist im Tages-Anzeiger ein Artikel über die FGZ erschienen, der weitgehend auf Befürchtungen, Gerüchten vom Hörensagen und alten Geschichten basiert. Der Artikel bewirtschaftet den Unmut einzelner, statt sich mit anstehenden, wichtigen inhaltlichen Debatten auseinanderzusetzen. Hinweise der FGZ auf aktuelle Dokumente und Verfahren wurden vom Journalisten leider nicht verwendet.

Der Autor des Artikels hat mit zwölf von 3'300 Genossenschafter/innen gesprochen, die ihre Befürchtungen, nicht bestätigte Gerüchte oder ihre persönlichen politischen Interessen prominent zum Ausdruck bringen durften. Der Vorstand bedauert, dass diese Genossenschafter/innen dies getan haben, ohne zunächst den internen Dialog zu suchen bzw. zu nutzen und ohne mit ihrem Namen hinzustehen. Sie sind sich wohl nicht bewusst, dass sie damit am Ende unnötigerweise nicht nur dem Ansehen der FGZ-Gremien und der ganzen FGZ schaden, sondern auch dem Ruf der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften ganz allgemein.

Im Übrigen bedauert der Vorstand, dass der Journalist nicht ein breiteres Spektrum von Genossenschafter/innen-Meinungen berücksichtigt hat. An der Dialogveranstaltung vom 23. Oktober, zu der ihn der Vorstand zugelassen hat, hätte er genügend Gelegenheit gehabt, um unterschiedlichste Meinungen einzufangen. Der Abend hat zudem klar gezeigt, dass die Meinungen in der FGZ keineswegs so einseitig sind, wie der Artikel suggeriert.

Die künftige bauliche Entwicklung bewegt die Gemüter. Man darf sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein. Wer möchte, kann sich bei der FGZ einbringen und mitdiskutieren. Es ist schliesslich die Aufgabe des Vorstandes, der Kommissionen und der Geschäftsstelle, eine gemeinsame Haltung der FGZ herauszuschälen und dabei auch die fachlich wichtigen Aspekte zu berücksichtigen.

Folgende Punkte im Artikel des Tages-Anzeigers verlangen aus Sicht von Vorstand und Geschäftsstelle nach einer Antwort:

Die Aussage, die FGZ wolle keine subventionierten Wohnungen mehr bauen, ist schlicht falsch. Die FGZ hat es aber leider in der Vergangenheit bei verschiedenen Neubauten (z.B. 2003 Brombeerweg, 2011 Grünmatt) aus unterschiedlichen Gründen nicht geschafft, die Baukostenlimiten zu erreichen, welche es überhaupt ermöglichen würden, subventionierte Wohnungen beantragen zu können. Die FGZ plante und baute leider in der jüngeren Vergangenheit schlicht zu teuer. Es wäre richtig zu schreiben, dass der Vorstand sich dafür einsetzt, dies im Rahmen der baulichen Gegebenheiten am Friesenberg zu ändern. Das kostengünstige Bauen am Lehmhang mit Lärmschutzvorschriften ist eine Herausforderung für sich. Deshalb

tut die FGZ wohl gut daran, sich nicht ohne Not bis 2050 auf eine vertraglich festgelegte Subventionierung zu verpflichten.

Die Behauptung es werde «knallhart verdichtet» entspricht nicht der Realität. Die FGZ bekennt sich zu einer massvollen Verdichtung. Ihr Vorgehen zur baulichen Erneuerung gilt als sorgfältig und vorbildlich. Die FGZ saniert Etappen (aktuell den Bernhard-Jaeggi-Weg) und realisiert Ersatzneubauten. Wie stark bei Ersatzneubauten verdichtet wurde, lässt sich zum Beispiel an der Grünmatt ablesen. Auch das neue Quartierzentrum kann als Beispiel dienen: es wurde nach ausführlichen Diskussionen unter den Genossenschaftlern in dieser Dichte und eben nicht in einer kleineren Dimension erstellt. Es ist als Zentrum mit Gewerbenutzung der am dichtesten geplante Teil des Quartiers. Wie stark in Zukunft verdichtet wird, entscheiden die Genossenschaftler/innen in der Tat hoffentlich weiterhin über die einzelnen Bauprojekte selbst.

Es ist allerdings so, dass die Stadt für die Grundeigentümer im Friesenberg (nicht nur für die FGZ) Mindestdichten bei jedem künftigen Neubauprojekt vorschreiben möchte. Der FGZ-Vorstand lehnt diese Vorschrift ab. Wer an der FGZ-Veranstaltung «Infoabend Masterplan» vom 24. September und der Dialogveranstaltung vom 23. Oktober dabei war, ist über die Pläne der Stadt und die Haltung des FGZ-Vorstands im Detail informiert und konnte seine Meinung dazu einbringen. (Ergebnisse vgl. auch www.fgz.ch)

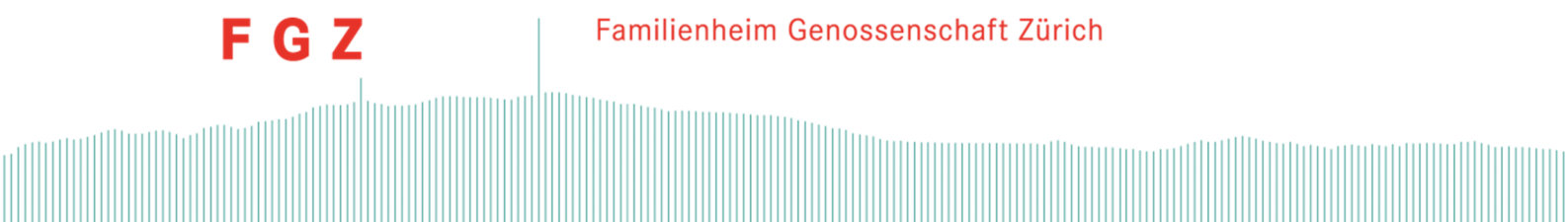
Der Text suggeriert, der Vorstand der FGZ stelle sich gegen den Bau von Reihenhäusern. Das ist falsch. Im laufenden Planungsprozess haben sich die FGZ-Vertreter dafür eingesetzt, eine möglichst grosse Flexibilität zu erhalten – nicht zuletzt mit dem Ziel, dass auch der Bau von Reiheneinfamilienhäusern in Zukunft noch möglich ist. Über die Art von Gebäuden, ob Reihnhaus oder Mehrfamilienhaus, soll beim konkreten Bauprojekt und nicht über das Planungsrecht entschieden werden.

Alle interessierten Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler wurden frühzeitig über die Vorschläge der Stadt zur Änderung des Planungsrechts informiert und konnten bis zum 4. Dezember sogar eine eigene Stellungnahme zur Nutzungsplanung bei der Stadt Zürich einreichen. In die Stellungnahme des Vorstands sind die Meinungen der Mitglieder eingeflossen, die an der Veranstaltung «Nutzungsplanung Friesenberg» vom 23. Oktober oder an der Umfrage teilgenommen haben. (vgl. auch www.fgz.ch)

Dem Vorwurf, die FGZ-Gremien würden zu spät informieren, möchte der Vorstand widersprechen: Die erwähnten Informations- und Dialogveranstaltungen sind der jüngste Ausdruck dafür, dass die FGZ-Gremien die Meinung der Genossenschaftsmitglieder hören wollen und sie in ihre Arbeit einfließen lassen.

Der Vorstand weist auch den Vorwurf, er versuche mit einer Umfrage «die eigenen Positionen zu stärken» entschieden zurück. Der Vorstand verfolgt keine anderen Ziele, als die Genossenschaft im Sinne der Genossenschaftsmitglieder und zum Wohlergehen der Genossenschaft zu führen. Die Umfrage ist eines von mehreren Elementen, um herauszufinden, was die Meinung der Mitglieder ist.

Im Kasten zum Artikel wird überdies suggeriert, dass die Dialogveranstaltung und diese Art von Mitwirkungsprozess dank Vorstandsmitglied Klaus Ammann durchgeführt worden sei. Es ist richtig, dass Klaus Ammann sich für Mitwirkung einsetzt, so wie jedes andere einzelne Vorstandsmitglied auch. So hat denn der gesamte Vorstand der FGZ das Thema Mitwirkung vor über einem Jahr einstimmig als eines seiner Schwerpunktthemen festgelegt und dieses Dialogverfahren initiiert.



Und zuletzt: Alle Genossenschafter/innen, die die Diskussionen rund um die Wahlen an der GV 2017 mitverfolgt haben, wissen, dass die Darstellung im Tages-Anzeiger Artikel vom 6. November darüber einseitig ist. Sie blendet wichtige Zusammenhänge aus, welche hier aus Rücksicht auf einzelne Personen nicht noch einmal ausgebreitet werden. Das Wahlprozedere in der FGZ basiert im Übrigen schon ganz lange nicht mehr auf der "guten Chemie", sondern auf transparenten Ausschreibungen und einem demokratischen Verfahren gemäss dem FGZ-Leitbild.

In diesem Sinne: machen Sie ruhig etwas Lärm in der Gartenstadt, sprechen Sie miteinander statt übereinander. Wir freuen uns über Ihre sachlichen Beiträge. Ganz besonders ermutigen wir diejenigen, unter Ihnen, deren Ärger besonders gross oder besonders langanhaltend ist, sich konstruktiv und wertschätzend einzubringen.

Freundliche Grüsse

Der Vorstand der FGZ



Karin Schulte
Präsidentin



Sonja Anders
Vizepräsidentin



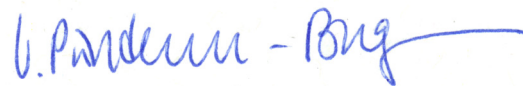
Klaus Ammann
Mitglied des Vorstands



Christine Bucher
Mitglied des Vorstands



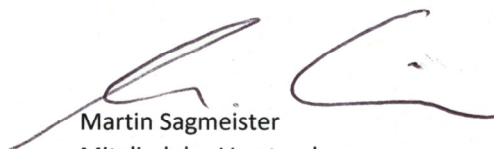
Björn Callensten
Mitglied des Vorstands



Vreni Püntener
Mitglied des Vorstands



Bruno Rhomberg
Mitglied des Vorstands



Martin Sagmeister
Mitglied des Vorstands



Sandra Schweizer
Mitglied des Vorstands

Im Namen der Geschäftsstelle der FGZ



Rolf Obrecht
Geschäftsleiter